

Walldorf, 20.01.2017

Antrag der CDU-Fraktion zur Förderung von
Einbruchsicherungsmaßnahmen an privatem Wohnraum durch die
Stadt Walldorf

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

die CDU-Fraktion im Gemeinderat beantragt hiermit die finanzielle Förderung von Einbruch sichernden Maßnahmen bei privatem Wohnraum durch die Stadt Walldorf.

Zur Begründung:

Die Zahl der Einbruchsdelikte in Walldorf hat gemäß dem bundesweiten Trend stark zugenommen. Die Kriminalstatistiken untermauern dabei den subjektiven Eindruck, den wir aus lokalen und regionalen Medienberichten gewinnen können. Gerade in letzter Zeit häufen sich die Einbrüche spürbar. Hauptsächlich betroffen davon ist privater Wohnraum. Ganz abgesehen von Diebstahl und oft schmerzhafter Verletzung der Privatsphäre der Betroffenen leidet darunter auch das Sicherheitsempfinden der gesamten Bevölkerung. Eine gewisse Sondersituation stellen in Walldorf die Anbindung an zwei Autobahnen und eine ausgeprägte Waldrandlage dar. Diese wirken eher kriminalitätsbegünstigend. Im Nachgang zur stark frequentierten Informationsveranstaltung der Kriminalpolizei im Rathaus zu diesem Thema am 11.01.2017 und den dort vorgestellten Maßnahmen, sollte die Stadt Walldorf im Rahmen ihrer finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten auch Verantwortung für die hiesigen Einwohner in diesem Bereich mit übernehmen.

Dabei denken wir an die finanzielle Förderung von polizeilich empfohlenen Maßnahmen zur Einbruchsicherung an privatem Wohnraum nach einem

festgelegten Katalog. Die Förderhöhe sollte im Bereich von 25% der Kosten liegen, jedoch maximal 2500,00€ pro Gebäude bzw. Wohnung und Antragsteller. Umgesetzt werden muss die Maßnahme von einem zertifizierten Fachbetrieb nach eingehender (kostenloser) Beratung durch die Polizei. Als Vorlage dient uns dabei unter anderem die "Heidelberger Schlossprämie", die als Teil eines Maßnahmenbündels gegen Einbruchsdelikte seit ihrer Erstauflage im Frühjahr 2015 stark nachgefragt wird und schon zu einem beachtlichen Rückgang der Vorfälle dort beigetragen hat. Da schon mehrere Städte und Gemeinden in ganz Deutschland ähnliche Projekte initiiert haben, könnten diese Beispiele auch helfen, die Kosten einer solchen Maßnahme zu quantifizieren. Die Polizei jedenfalls befürwortet diese Förderung als Ergänzung zu ihrer Beratung jedenfalls stark. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bezuschusst Sicherungsmaßnahmen an privatem Wohnraum. Diese Förderung wäre entsprechend anzurechnen.

Die Verwaltung möge somit die Rahmenbedingungen und Förderkriterien sowie den zu begünstigenden Personenkreis bestimmen, in einer Vorlage ausarbeiten und dem Gemeinderat zur Verabschiedung vorlegen. Der Sicherheitslage und dem Sicherheitsbedürfnis der Walldorfer Bevölkerung wäre damit sehr geholfen und ein Kriminalitätsproblem der Gegenwart entschieden bekämpft.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU-Fraktion

Mathias Pütz